

DER BUNDESMINISTER  
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

GZ 10 072/931-1.13/88

II-4997 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

IFMIN;

Anfrage der Abgeordneten Parnigoni  
und Genossen an den Bundesminister  
für Landesverteidigung, Nr. 2220/J

8198 IAB

1988 -07- 22

zu 2220/J

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Parnigoni und Genossen am 26. Mai 1988 an mich gerichteten Anfrage Nr. 2220/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:

Es stimmt, daß die diesbezüglichen Verhandlungen mit der von den Firmen Kapsch und Siemens gebildeten ARGE IFMIN (Arbeitsgemeinschaft Integrierte Fernmeldeinfrastruktur) am 13. Juni 1988 abgeschlossen werden konnten; der Vertrag ist seit 14. Juli 1988 rechtsgültig.

Zu 2:

Die ARGE IFMIN hat sich über den bereits im Angebot genannten österreichischen Wertschöpfungsanteil von 65 % hinaus verpflichtet, für den Fall des Weiterverkaufes des gegenständlichen Systems jeweils 3 % des entsprechenden Auftragswertes als Entwicklungskostenanteil an das Bundesministerium für Landesverteidigung zu refundieren.

Zu 3:

Ja. Da der Billigstbieter "Mußforderungen" nicht erfüllt hatte, wurde dem Unternehmen mehrfach, ua. auch in Form eines Hearings, Gelegenheit zur Angebotserläuterung geboten. Es war aber letztlich nicht in der Lage, innerhalb angemessener Frist die offenen Fragen zufriedenstellend zu klären bzw. den Nachweis der Erfüllungsmöglichkeit zu erbringen. Im Hinblick auf die Bestimmungen der ÖNORM A 2050 mußte daher der Billigstbieter aus der Bewertung ausgeschieden werden.

- 2 -

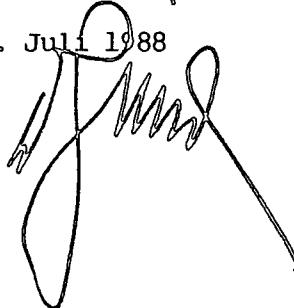
Zu 4:

Der Preisunterschied betrug ca. 170,5 Millionen Schilling. Der Anteil österreichischer Wertschöpfung liegt - wie schon erwähnt - beim Angebot der ARGE IFMIN bei 65 %, während er beim Billigstbieter ca. 40 % ausgemacht hätte.

Zu 5:

Es müssen keine Neuverhandlungen geführt werden; der vorliegende Vertrag mit der ARGE IFMIN inkludiert die Erfüllung aller seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung gestellten Mußforderungen.

19. Juli 1988

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'H' or a similar character, positioned below the date.